

Haushaltsrede 2026

Gemeinde Ubstadt-Weiher

Bürgermeisterin Katharina Kimmich

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Irgendwann müssen wir aufhören, Menschen einfach nur aus dem Fluss zu ziehen.

Wir müssen flussaufwärts gehen und herausfinden, warum sie hineinfallen.“

Die Zahlen, über die wir in den letzten Monaten gesprochen haben – Defizite, steigende Umlagen, wachsende Kosten – sind für mich die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen. Und in diesem Rahmen müssen wir uns hier in Ubstadt-Weiher mit unseren Ursachen beschäftigen.

Ich werde diese Zahlen gleich noch einmal kurz einordnen.

Aber entscheidend ist etwas anderes:

dass wir beginnen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Viele der Entwicklungen, die unseren Haushalt belasten, entstehen nicht hier vor Ort.

Sie werden auf Bundes- und Landesebene entschieden.

Aber:

Das entbindet uns nicht von unserer Verantwortung.

Wir können die Rahmenbedingungen nicht verändern –

aber wir entscheiden, wie wir damit umgehen.

Der Haushalt 2026 ist für mich daher eine Zwischenstation. Wir bringen begonnene Projekte zu Ende und erfüllen unsere Pflichtaufgaben. Und er ist ein Ausgangspunkt, von dem aus **wir entscheiden müssen, was uns als Gemeinde wirklich wichtig ist.**

Prioritäten statt Wunschliste

Im Kern geht es deshalb um eine einfache, aber unbequeme Frage:

Was ist für unsere Gemeinde künftig noch leistbar – und worauf müssen wir verzichten?

Oder anders formuliert:

Was ist das Wesentliche, das wir unbedingt sichern wollen?

Diese Diskussion wird uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Und wir werden vermutlich immer weiter ein Stück flussaufwärts gehen müssen.

Denn die schwierige Lage unseres Haushalts ist kein Einzelfall und leider auch kein einmaliges Ereignis.

Viele Kommunen in Baden-Württemberg stehen vor ähnlichen Herausforderungen.

Ein strukturelles Problem liegt darin, dass Kommunen einen erheblichen Teil staatlicher Aufgaben erfüllen, aber nur einen vergleichsweise kleinen Teil der staatlichen Einnahmen erhalten. Wir leisten mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Einnahmen, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.

Gleichzeitig wachsen die Anforderungen ständig weiter:

neue Standards,
neue Aufgaben,
neue gesetzliche Vorgaben.

Solange die Steuereinnahmen im gleichen Tempo wuchsen, war das beherrschbar.

Doch inzwischen wachsen die Ausgaben deutlich schneller als die Einnahmen.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur unsere Gemeinde.

Sie betrifft Kommunen in ganz Baden-Württemberg.

Die kommunalen Spitzenverbände haben deshalb vorgeschlagen, einen „**BW-Pakt für handlungsfähige Kommunen**“ zu schließen.

Ziel dieses Paktes ist es, die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen auf eine verlässliche und dauerhafte Grundlage zu stellen – und die kommunalen Finanzen langfristig zu stabilisieren.

Denn eines ist klar:

Ohne handlungsfähige Kommunen ist kein Staat zu machen.

Hier vor Ort entscheidet sich, ob Schulen funktionieren,
ob Infrastruktur erhalten bleibt
und ob Demokratie im Alltag erlebbar ist.

Was das konkret für Ubstadt-Weiher bedeutet

Diese Entwicklung spüren wir auch ganz konkret in unserem Haushalt.

Der Ergebnishaushalt 2026 weist ein Defizit von rund **5,6 Millionen Euro** aus.

Die Herausforderungen unseres Haushalts entstehen nicht durch einzelne Projekte –

sie entstehen durch strukturelle Entwicklungen.

Ein paar Beispiele:

Die Kreisumlage ist von 2024 bis 2026 um **6,5 Prozentpunkte** gestiegen.

Das bedeutet **2,1 Millionen Euro Mehrbelastung innerhalb von zwei Jahren.**

Die Tarifierhöhung führt dazu, dass wir **800.000 Euro mehr Personalkosten** haben –

ohne dass wir eine einzige Stelle zusätzlich geschaffen haben.

Und der Betrieb unserer Kindertageseinrichtungen wird **1,1 Millionen Euro mehr kosten** als im vergangenen Jahr.

Gleichzeitig spüren wir auch die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Gewerbesteuer sinkt – und eine Gemeinde kann solche Veränderungen nicht innerhalb eines oder zwei Jahren ausgleichen.

Der aktuelle Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe zeigt zwar eine leichte Aufhellung der wirtschaftlichen Stimmung, insgesamt liegt das Konjunkturklima aber weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt.

Auch die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen bleibt zurückhaltend.

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Einnahmesituation der Kommunen aus.

Unsere Handlungsspielräume sind dementsprechend gering. Um dies einfach klar zu machen, stellen wir uns vor, unser Haushalt mit einem Volumen von 43 Mio. Euro wäre ein einziger 100 Euro Schein.

Wofür die Gemeinde 100 € ausgibt

39 € Transferleistungen (Kreisumlage etc.)

16 € Kinderbetreuung

20 € Personal

15 € Gebäude, Energie, Dienstleistungen

6 € Abschreibungen

4 € Zinsen

Umso wichtiger sind klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kommunen.

Kommunale Haushalte brauchen Planungssicherheit und faire Strukturen.

Kurzfristige politische Entscheidungen oder ständig neue Aufgaben erschweren eine verantwortungsvolle Finanzplanung.

Was wir bereits zur Konsolidierung getan haben

Auch wenn unsere Handlungsspielräume gering sind, möchte ich klarmachen: wir übernehmen Verantwortung.

Wir als Gemeinderat und die Verwaltung haben bereits Schritte zur Haushaltskonsolidierung unternommen und wir werden damit auch weiter machen.

Zum Beispiel durch

- Anpassungen bei Gebühren und Entgelten
- eine stärkere Priorisierung von Projekten
- interne Prüfungen von Aufgaben und Strukturen
- sowie Organisations- und Effizienzprozesse innerhalb der Verwaltung.

Diese Entscheidungen waren nicht immer bequem und werden unbequem bleiben.

Aber sie sind notwendig, um Handlungsspielräume zu erhalten.

Die eigentliche Gefahr: Resignation

Dauerhafte Haushaltskrisen bergen eine weitere Gefahr:

dass sich Resignation ausbreitet –

und dass man glaubt, Kommunen könnten ohnehin nichts mehr gestalten.

Genau das dürfen wir nicht zulassen.

Denn wenn Kommunen dauerhaft an ihre finanziellen Grenzen stoßen, kann auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates leiden.

Verantwortung des Gemeinderats

Haushaltskonsolidierung ist deshalb nicht nur eine finanzpolitische Aufgabe.

Sie ist auch ein demokratischer Auftrag.

Es geht darum, gemeinsam Entscheidungen zu treffen, die vielleicht nicht immer einfach sind – die aber notwendig sind, um unsere Handlungsfähigkeit zu sichern.

Wir müssen uns auf das konzentrieren, was für unsere Gemeinde wirklich wichtig ist.

Denn Kommunalpolitik besteht nicht darin, alles möglich zu machen.

Kommunalpolitik besteht darin, das Richtige möglich zu machen.

Einladung zur Mitwirkung

Und ich möchte an dieser Stelle auch ganz bewusst die Bürgerschaft ansprechen.

Wenn jemand Ideen hat, wie wir Dinge besser, effizienter oder anders machen können –

dann freue ich mich über jede Anregung.

Investitionen brauchen klare Regeln

Ein wichtiger Punkt ist dabei der Umgang mit Investitionen.

Denn ein defizitärer Ergebnishaushalt bindet bereits heute liquide Mittel.

Und jede Investition bedeutet auch Folgekosten im Ergebnishaushalt:

Abschreibungen,

Unterhaltung,

Energie,

Personal.

Und wenn Investitionen über Kredite finanziert werden, kommen zusätzlich Zins und Tilgung hinzu.

Das bedeutet:

Jede Investition von heute beeinflusst unsere Handlungsspielräume von morgen.

Wir haben uns deshalb im Gemeinderat auf eine klare gemeinsame Grundlage verständigt, wie wir künftig mit Investitionen umgehen wollen.

Alle Projekte werden nach einheitlichen Kriterien bewertet.

Erstens: **Wirtschaftlichkeit.**

Also die Frage: Führt eine Maßnahme zu Einsparungen oder zu zusätzlichen Einnahmen?

Zweitens: **die finanziellen Auswirkungen.**

Nicht nur die einmaligen Kosten, sondern vor allem die Folgekosten – Abschreibung, Unterhalt, Zinsen und Tilgung.

Und drittens: **der Blick auf das Ganze.**

Welchen gesellschaftlichen Nutzen hat eine Investition? Und ist sie nachhaltig?

Diese Kriterien helfen uns, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen – und sie helfen uns vor allem, uns auf das zu konzentrieren, was wirklich notwendig und verantwortbar ist.

Sorgfältige Entwicklung

Denn Haushaltskonsolidierung bedeutet nicht nur sparen.

Sie bedeutet auch, klar zu definieren, wohin wir unsere Gemeinde entwickeln wollen.

Dies spiegelt sich ganz konkret in unserer Arbeit wieder.

Denn auch in einer angespannten finanziellen Situation arbeiten Verwaltung und Gemeinderat an vielen Themen, die für die Zukunft unserer Gemeinde entscheidend sind.

Zum Beispiel:

Wir arbeiten daran, die **hausärztliche Versorgung in Zeutern langfristig zu sichern** und neue Lösungen für die medizinische Versorgung zu finden.

Wir entwickeln **neue Wohnmöglichkeiten**, etwa im Neubaugebiet Weiher Nord, arbeiten gleichzeitig daran, innerörtliche Flächen besser zu nutzen und prüfen die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft. Ebenso sind wir mit Betreibern von Pflegeheimen in Kontakt, um unsere Kapazitäten zu erhöhen.

Wir setzen den **gesetzlichen Anspruch auf Ganztagesbetreuung an unseren Grundschulen** um und entwickeln ein einheitliches Betreuungskonzept.

Wir investieren in unsere bestehende Infrastruktur – etwa durch Maßnahmen an Schulen und kommunalen Gebäuden – damit wir das erhalten, was wir bereits haben.

Wir treiben die **kommunale Energieplanung** voran und prüfen Möglichkeiten für eine nachhaltige Energieversorgung vor Ort.

Und wir arbeiten daran, unsere **Verwaltung weiter zu modernisieren** – durch Digitalisierung, neue Arbeitsformen und klarere Strukturen.

Das alles geschieht nicht spektakulär.

Aber es ist tägliche Arbeit für unsere Gemeinde.

Und genau diese Arbeit sorgt dafür, dass sich unsere Gemeinde Schritt für Schritt weiterentwickelt.

Nächste Schritte

Die Arbeit zur Konsolidierung endet deshalb nicht mit diesem Haushalt.
Und ganz wichtig: Wir gehen mit dem Skalpell ran, nicht mit dem Vorschlaghammer.

In den kommenden Monaten werden wir

- die Investitionsprioritäten weiter konkretisieren
- die mittelfristige Finanzplanung fortschreiben
- weitere Konsolidierungsmaßnahmen prüfen
- und gemeinsam entscheiden, welche Projekte für unsere Gemeinde wirklich entscheidend sind.

Auch in schwierigen finanziellen Zeiten bleibt Kommunalpolitik Gestaltung.
Vielleicht nicht durch immer neue Projekte – aber durch kluge Prioritäten.

Vielleicht werden wir in den nächsten Jahren nicht alles gleichzeitig machen können.

Aber das bedeutet nicht Stillstand.

Es bedeutet, dass wir bewusster entscheiden müssen.

Und dass wir unsere Kraft auf die Themen konzentrieren, die für unsere Gemeinde wirklich wichtig sind.

Viktor Frankl, der selbst unter extremsten Bedingungen erfahren hat, wie Menschen mit schwierigen Situationen umgehen, hat einmal gesagt:
„Die letzte der menschlichen Freiheiten besteht in der Wahl der Einstellung zu den Dingen.“

Und genau darum geht es auch für uns:

Wir können die Rahmenbedingungen nicht vollständig verändern.

Aber wir können entscheiden, wie wir damit umgehen.

Ob wir nur auf Einschränkungen schauen –

oder ob wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und gestalten.

Wenn uns das gelingt – gemeinsam, als Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft – dann können wir auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen viel erreichen.

Denn eine Gemeinde wird nicht stark durch große Haushaltszahlen. Sie wird stark durch Menschen, die Verantwortung übernehmen, die Prioritäten setzen und die gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten.

Und ich bin überzeugt:
Wenn wir das gemeinsam angehen,
wird unsere Gemeinde auch diese Herausforderung meistern.

Vielen Dank.